

Chavismo reloaded in Venezuela

Das Erbe des Hugo Chávez und die Herausforderungen für Nachfolger Nicolás Maduro
Claudia Zilla

Am 14. April wurde in Venezuela ein neuer Präsident gewählt. Die manuelle Neuzählung der Stimmen steht zwar noch aus, doch der »Chavismo« hat bereits Fakten geschaffen. Wahlsieger Nicolás Maduro – Wunschnachfolger des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez – trat am 19. April sein Amt an und absolvierte eine Woche später den ersten Staatsbesuch auf Kuba. Allerdings beginnt er seine Präsidentschaft geschwächt. Die Opposition ist erstarkt, wie ihr hoher Stimmenanteil und die Proteste auf den Straßen zeigen. In den politischen Institutionen des Landes bildet sie allerdings kein bedeutendes Gegengewicht. Vielmehr wird ihr Handlungsspielraum von staatlicher Seite zunehmend eingeschränkt. Diese polarisierende Regierungsstrategie ist gefährlich, denn sollte Gewalt ausbrechen, könnte dies zum Einfallstor für das Militär werden. Um den Chavismo nach Chavez zu stabilisieren, muss es Maduros Regierung gelingen, die wirtschaftliche und soziale Lage in Venezuela spürbar zu verbessern.

Nach Chávez' Tod im vergangenen März herrschte Trauerstimmung im Land, und dem Urnengang – ein halbes Jahr nach den letzten Wahlen – ging nur ein kurzer Wahlkampf voraus. Beide Faktoren begünstigten das Regierungslager. Dennoch war Maduros Wahlsieg extrem knapp; der Vorsprung betrug gerade einmal 1,5 Prozent. Seine Diskursstrategie während der Wahlkampagne, die in rückwärtsgewandter Weise auf eine mystische Verbindung zwischen ihm und Revolutionsführer Chávez setzte, erwies sich als wenig erfolgreich. Nach den Wahlen las man denn auch in zahlreichen Analysen, Chávez sei ein charismatischer Führer gewesen, während dem »schlechten Redner« Maduro eine solche »Gnadengabe«

fehle. Damit lässt sich dessen schlechtes Abschneiden jedoch nicht erklären.

Charisma als Beziehung und als Charaktereigenschaft

Unumstritten ist, dass im Zentrum populistischer Bewegungen wie des Chavismo meist eine charismatische Beziehung zwischen »Führer« und Volk steht. Charisma wird aber als Erklärungsansatz des Öfteren auf eine nicht übertragbare Charaktereigenschaft reduziert, die ex post, also anhand ihrer Wirkung festgestellt wird. Wem es gelungen ist, große Bevölkerungsgruppen für sich zu mobilisieren, gilt qua factum als charismatisch.

Viele »charismatische Führer« jedoch waren in früheren Lebensphasen unscheinbare Figuren, die bei ihren ersten politischen Unternehmungen sogar scheiterten. Dem Fallschirmjäger Chávez und seiner Bolivarianischen Militärbewegung misslang 1992 ein Putschversuch, und er landete im Gefängnis. Auch bei Juan Domingo Perón oder Fidel Castro war am Anfang ihrer Laufbahn nicht unbedingt zu erahnen, dass sie sich zu Gründern einer populistischen Bewegung oder Revolutionsführern entwickeln würden. Argentiniens Präsident Perón erklärte vor seinem Tod »Mein einziger Erbe ist das Volk« und ließ die Nachfolgefrage somit offen; der Peronismus überlebte ihn – bis heute. Auf Kuba übergab Castro, in quasi dynastischer Manier, seinem Bruder die Leitung der Regierungsgeschäfte; dabei wird das Militär mehr und mehr zum Schlüsselakteur. Chávez ernannte Maduro zum Nachfolger, doch dieser führte den Chavismo zu seinem bislang schlechtesten Wahlergebnis.

Solche Unterschiede bei personellen Wechseln relativieren die Bedeutung von Charisma für den Erhalt populistischer Bewegungen, wenn dieses als statisches und objektives Persönlichkeitsmerkmal verstanden wird. Denn dabei werden zwei Faktoren übersehen, die es überhaupt erst ermöglichen, charismatische Beziehungen aufzubauen. Der erste ist die politische oder wirtschaftliche Konjunktur, die den Nährboden für das Aufkommen »charismatischer Führer« bildet. Diese Umstände unterscheiden sich von jener Situation, in der sich die Nachfolgefrage stellt. In Venezuela war der vorchavistische Kontext geprägt von sozialer Exklusion, politischer Frustration und einer Repräsentationskrise.

Der zweite Faktor sind die materiellen und immateriellen Anstrengungen, die unternommen werden, um Anhängerschaft zu gewinnen. So hatte Chávez, einmal an der Macht, immense Ressourcen für den Ausbau seiner Basis eingesetzt – mit zahlreichen Sozialprogrammen (*Misiones*), der systematischen Parteipolitisierung des Staates, einer von oben induzierten Mobilisie-

rung der Gesellschaft und intensiver Öffentlichkeitsarbeit (etwa durch die TV-Sendung *Aló Presidente*). Die Frage ist also weniger, ob Maduro über ähnliches Charisma wie Chávez verfügt bzw. ob er dieses »erben« kann. Entscheidend ist vielmehr, ob es ihm in der neuen Lage mit anderen Mitteln gelingen wird, Anhängerschaft in der Gesellschaft und der chavistischen Elite zu gewinnen, damit er seine Regierung legitimieren kann.

Maduro unter Erfolgsdruck

Chavez' Projekt eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, das auf dem Mythos der Neugründung Venezuelas als Bolivarianischer Republik basiert, hat seine Führungsfigur schon gehabt. Es benötigt also keinen zweiten Chávez, sondern jemanden, der das Erbe – Haben und Soll – gut verwaltet und eine neue politische Phase praktisch wie symbolisch initiiert. Nach 13 Jahren Chavismo bedarf es vor allem konkreter Politikergebnisse, um die Regierung zu legitimieren. Maduro steht unter dem Druck, in absehbarer Zeit zumindest einige der schwerwiegenden Probleme Venezuelas zu bewältigen:

- ▶ Venezuela gehört zu den Ländern mit stark ausgeprägter Gewaltkriminalität – angesichts einer Mordrate, die sich nach UN-Angaben seit 2006 zwischen 45 und 52 Fällen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner bewegt.
- ▶ Laut OPEC machen Ölexporte über 95 Prozent der gesamten venezolanischen Ausfuhren aus. Dabei ist die Ölproduktion seit 1999 stark zurückgegangen. Ein wachsender Teil des exportierten Öls wird an Kuba im Tausch gegen Fachpersonal (Ärztinnen, Berater etc.) und an China zur Kredittilgung geliefert.
- ▶ Bei vielen Basisprodukten gibt es Versorgungsengpässe. Chávez selbst räumte letztes Jahr noch ein, dass rund 40 Prozent der im Land konsumierten Nahrungsmittel importiert werden müssten. Nach nichtoffiziellen Quellen sind es sogar über 70 Prozent. Sozialprogramme und staatliche Subventionen haben be-

nachteiligten Bevölkerungsgruppen den Zugang zum Markt erleichtert. Nun prägt Knappheit an Lebensmitteln und Hygieneartikeln das Angebot.

- ▶ Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung und hohe Inflation belasten die Wirtschaft des Landes. Dabei trifft die Inflation gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen am stärksten, unter denen sich die chavistischen Hochburgen befinden.

Maduros Dilemma besteht darin, dass kurzfristige Maßnahmen in diesen Bereichen unpopulär sind, Verbesserungen aber erst mittelfristig zu erwarten wären. Das kann seine fragile Position weiter schwächen.

Institutionelle Verdrängung der Opposition

Maduro startet seine Präsidentschaft mit einer schwachen plebiszitären Legitimierung. Er hat zwar die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Doch sein Wahlsieg fiel wesentlich knapper aus als erwartet – ein Ergebnis, das Opposition wie Regierung überraschte. Anhaltende Protestaktionen könnten daher den Zusammenhalt im chavistischen Lager gefährden.

Das oppositionelle Bündnis MUD (*Mesa de la Unidad Democrática*) geht aus dem Urnengang gestärkt hervor. Dies ändert aber nichts daran, dass es seit den Regionalwahlen von Dezember 2012 in nur drei der 23 Bundesstaaten Venezuelas regiert. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 2010 erlangte die MUD weniger als 40 Prozent der Mandate. Nun gerät die Opposition im Parlament zunehmend unter Druck. Die MUD und ihr unterlegener Präsidentschaftskandidat Henrique Capriles werden von der Regierung beschuldigt, eine »faschistische und reaktionäre Aggression« gegen das venezolanische Volk angestiftet zu haben. Immer mehr Rechte werden der Opposition abgesprochen. Ihre Vertreterinnen und Vertreter wurden vom Vorsitz parlamentarischer Ausschüsse abgesetzt; an ihre Stelle rückten regierungstreue Abgeordnete. Diosdado Cabello, Präsident der Nationalversammlung und ehemaliger

Militär, verweigert im Plenum immer wieder Abgeordneten das Wort, die Maduros Sieg nicht anerkennen. Es kam sogar mehrfach zu handgreiflichen Streitereien.

Zudem wurde vom Parlament eine rein chavistische Untersuchungskommission geschaffen, um die Gewalttaten und Todesfälle zu untersuchen, die sich bei Demonstrationen nach den Wahlen ereigneten. »Eine nichtdemokratische Opposition darf sich nicht an einer demokratischen Kommission beteiligen«, heißt es aus den Regierungsreihen. Dies erinnert an Kampfansagen aus den hochpolarisierten Zeiten in Lateinamerika, denen ab den 1970er Jahren eine dunkle Periode von Militärdiktaturen folgte.

Zwar steht die – von der Opposition geforderte – manuelle Auszählung der elektronisch abgegebenen Stimmen durch die venezolanische Wahlbehörde noch aus. Und die MUD hat am 3. Mai beim Obersten Gerichtshof Klage gegen das Ergebnis eingereicht. Beides lässt jedoch nicht erwarten, dass sich das offizielle Resultat noch grundlegend ändern wird. Denn wahlrechtliche Defizite betreffen in Venezuela weniger den Abstimmungsprozess an sich als vielmehr den größeren politischen Kontext. Zudem führt Maduro die Regierungsgeschäfte bereits seit mehreren Wochen; keine politische Institution im chavistischen Venezuela wäre bereit, diese Situation umzukehren.

In einem Umfeld, das immer restriktiver wird, ist die Opposition genötigt, ihre Forderungen und Vorschläge verstärkt außerhalb staatlicher Institutionen zu artikulieren. Zwangsläufige Folge sind wachsende Protestaktionen, die ihrerseits zur Spaltung des Landes beitragen.

Militär und Miliz als Machtfaktoren

Unterdessen droht Maduros Regierung, notfalls mit offener Repression zu verhindern, dass die Opposition ihre Anhänger-schaft mobilisiert. Sollte es zum Ausbruch von Gewalt kommen, könnte dies zum Einfallstor für eine Intervention des Militärs werden, das eine tragende Säule des Re-

gimes bildet. Die Verhängung des Notstandes würde den Handlungsspielraum der Opposition weiter einschränken. Allerdings dürfte dann auch die Machtstellung Maduros, eines Zivilisten und früheren Gewerkschaftsvertreters, noch prekärer werden. Profitieren würde nur das Militär, das sich in dieser Lage als Garant der Ordnung darstellen könnte.

Ungewiss bleibt, welche Rolle der Bolivarianischen Miliz bei einem solchen Szenario zukäme. Diese 2005 errichtete Spezialeinheit ist dem Präsidenten direkt unterstellt; ihre Aufgabe besteht darin, die Bevölkerung für die Verteidigung der Nation zu organisieren und zu trainieren. Damit soll eine zivil-militärische Integration verwirklicht werden – auf der konzeptionellen Grundlage einer nationalen »Mitverantwortung« des Volkes für Verteidigung und Entwicklung. Wie stark mit diesem Ansatz die (Para-) Militarisierung der Gesellschaft bereits vorangetrieben wurde und wie groß die »Feuerkraft« der Miliz ist, lässt sich mangels zuverlässiger Daten nicht abschätzen.

Außenpolitischer Rückzug ohne regionale Isolierung

Angesichts der angespannten innenpolitischen Lage ist zu erwarten, dass Venezuelas Aktivitäten auf regionaler wie internationaler Ebene nachlassen werden. Am meisten Sorgen dürfte dies der Castro-Regierung bereiten, denn Kuba ist stark abhängig von seinem Haupthandelspartner und Öllieferanten Venezuela. Maduro reiste Ende April nach Kuba, um im Rahmen des XIII. Treffens der bilateralen Intergouvernementalen Kommission die strategische Allianz mit Havanna zu bekräftigen. Deren ökonomische Grundlagen sind auf venezolanischer Seite jedoch extrem schwach geworden.

Auch dürfte der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« wegen der jüngsten Entwicklungen in Venezuela an Ausstrahlungskraft eingebüßt haben. Vor diesem Hintergrund erhält Brasilien als Regionalmacht in Südamerika ein größeres Gewicht. An Attraktivität gewinnt das Land auch als eine Demo-

kratie, die unter pluralistischen Bedingungen relativ erfolgreich Armut bekämpft.

Mit einer regionalen Isolierung Venezuelas ist allerdings nicht zu rechnen. Vielmehr zelebrierten neben dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad auch zahlreiche Staatsoberhäupter aus Lateinamerika den Amtsantritt Maduros in Caracas. Ebenso haben lateinamerikanische Regionalorganisationen wie Mercosur (*Mercado Común del Sur*) und UNASUR (*Unión de Naciones Suramericanas*) Maduros Wahl anerkannt und für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Regierung und Opposition plädiert.

Zwar haben die meisten Regionalorganisationen eine Demokratieklausele. Es fehlt jedoch an einer Auslegungspraxis, die nicht nur auf Abhaltung kompetitiver Wahlen zielt, sondern auch auf demokratische Qualitäten des Umfelds und der Regierungsführung. Und selbst kompetitive Wahlen spielen bisweilen keine zentrale Rolle. Darauf deutet der Umstand, dass Kuba zurzeit den Vorsitz der 2011 gegründeten CELAC (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*) innehat.

Die Nachbarländer Venezuelas sind weniger Demokratie- als Stabilitätsförderer. Sie bieten eher Halt gegen Regimebrüche, als dass sie ein Korrektiv für undemokratische Entwicklungen wären. Letztere ziehen nur ganz selten außenpolitische Kosten nach sich. Im eigenen Interesse setzen die Regierungen der Region heute darauf, den Status quo und die Durchsetzungskraft der Exekutive in den jeweiligen nationalen Kontexten zu wahren. Dies illustriert etwa der Umstand, dass der Mercosur Venezuela als Mitglied aufgenommen hat, während er zugleich Paraguay suspendierte, nachdem dort der Kongresspräsident Fernando Lugo in fragwürdiger Weise abgesetzt hatte. Machtmissbrauch durch die Exekutive wird ignoriert oder gar unterstützt; nicht geduldet werden dagegen Übergriffe der Legislative. Der »Souverän« wird in vielen Staaten der Region immer mehr im Singular verstanden: als Präsident bzw. Präsidentin.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364